



**POLITISCHE
WEICHENSTELLUNGEN
IN ZEITEN VON CORONA
UND TRANSFORMATION**

**HERZLICHEN
DANK
FÜR EURE
TEILNAHME!**

KURS BESTIMMEN.

#FAIRWANDEL

POLITISCHE WEICHENSTELLUNGEN IN ZEITEN VON CORONA UND TRANSFORMATION

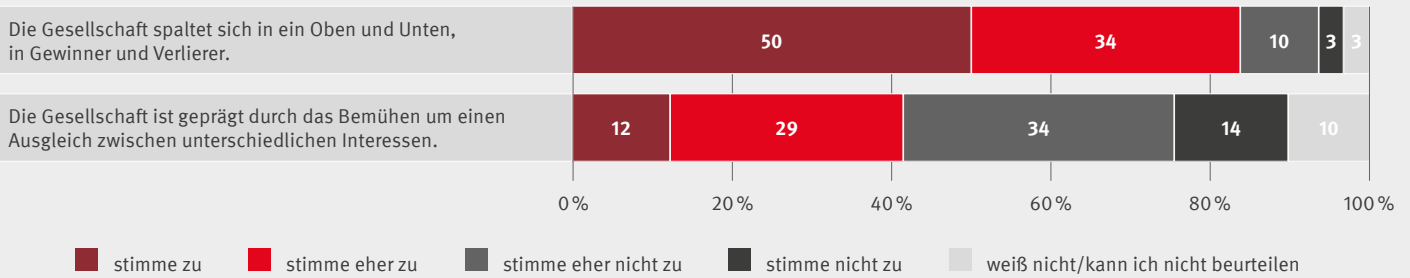
Im Superwahljahr 2021 werden entscheidende Weichen für das kommende Jahrzehnt gestellt: Der Klimawandel muss bekämpft, die Industrie und der Verkehrssektor de-karbonisiert werden. Diese Transformation muss sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden. Neben den wirtschaftlichen Akteuren hängt der Erfolg entscheidend vom staatlichen Handeln ab. Es geht um Investitionen in klimafreundliche Produktion und Produkte, um unsere Industrie zu sichern und zukunftsfähig aufzustellen. Es geht um bessere Mitbestimmungsrechte für die betroffenen Arbeitnehmer*innen, sie müssen die Zukunft der Arbeit mitgestalten können. Und es geht um einen starken Sozialstaat, der diesen Prozess flankiert. In der Beschäftigtenbefragung 2020 haben wir deshalb über 250.000 Kolleg*innen – IG Metall-Mitglieder und Nichtmitglieder – in über 6.700 Betrieben gefragt: Wo sehen sie konkreten Handlungsbedarf? Welche Forderungen an die Politik sind ihnen besonders wichtig?

EROSION DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

Wieder einmal trifft eine Krise die schwächeren und benachteiligten Mitglieder unserer Gesellschaft am härtesten – vor allem in mitbestimmungsfreien Zonen ohne tarifvertragliche Strukturen. Das gilt auch für die Beschäftigtengruppen in den Organisationsbereichen der IG Metall. Die Leiharbeiter*innen und Werkvertragsnehmer*innen waren die ersten, die zu Zehntausenden über Nacht auf die Straße gesetzt wurden. In der Krise steigt die Arbeitslosigkeit vor allem unter jungen und unter geringer qualifizierten und schlechter verdienenden Menschen. Und schon vor Corona waren die Einkommen und Vermögen so ungleich verteilt wie lange nicht. Kurzum: Die Corona-Krise verschärft die soziale Spaltung in diesem Land.

Diese Entwicklungen beeinflussen auch die Frage, wie die Beschäftigten unsere Gesellschaft wahrnehmen. 84 % der Befragten sehen eine **gesellschaftliche Spaltung in ein Oben und Unten mit klaren Gewinnern und Verlierern**. Die Hälfte stimmt diesem kritischen Bild unserer Gesellschaft voll zu (50 %), ein weiteres Drittel (34 %) stimmt zumindest eher zu. Die Zustimmungstendenz steigt mit dem Alter deutlich an (74 % bei den unter 24-Jährigen gegenüber 90 % bei den 55- bis 64-Jährigen). Im betrieblichen Kontext nehmen u. a. Schichtarbeiter*innen (91 %) und Beschäftigte in der Produktion (90 %) deutlich häufiger eine Spaltung der Gesellschaft wahr als ihre Kolleg*innen in der IT oder im FuE-Bereich (jeweils 79 %). Auch die Sicht auf die wirtschaftliche Lage des eigenen Unternehmens bestimmt die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse: Das Bild einer gespaltenen Gesellschaft zeigt sich häufiger bei den Befragten, die eine fehlende betriebliche Transformationsstrategie bemängeln (89 %), außerdem bei denjenigen, die davon überzeugt sind, dass ihr Arbeitgeber Corona als Deckmantel für einen ohnehin geplanten Stellenabbau nutzt (91 %) – und bei den Kolleginnen und Kollegen, die ihren eigenen Arbeitsplatz gefährdet sehen (89 %).

Die heutige Gesellschaft lässt sich verschieden erleben. Inwiefern stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

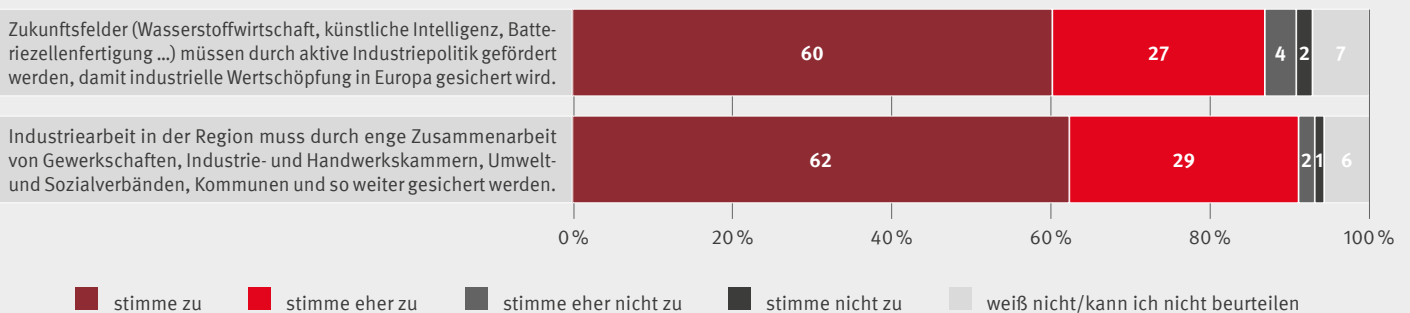


Im Umkehrschluss stimmen nur 41 % der Aussage voll oder eher zu, dass die Gesellschaft durch das Bemühen um einen Ausgleich unterschiedlicher Interessen geprägt ist. Auch hier zeigen sich die älteren Befragten durchschnittlich kritischer, die jüngeren sehen häufiger ein gesellschaftliches Bemühen um Ausgleich. Auffällig ist auch, dass Beschäftigte mit Migrationshintergrund dies ebenfalls deutlich häufiger und sogar mehrheitlich wahrnehmen (Zustimmungstendenz: 51 %).

**DIE TRANSFORMATION GESTALTEN:
WIRTSCHAFTS- UND INDUSTRIEPOLITISCHE BEGLEITUNG
DES SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN UMBAUS DER INDUSTRIE.**

Seit Beginn der Corona-Pandemie fallen Gesundheits-, Wirtschafts- und Klimakrise in einer ungeahnten zeitlichen Verdichtung zusammen. Deutschland und Europa müssen einen beschleunigten sozial-ökologischen Wachstums- und Modernisierungspfad einschlagen, um Beschäftigung zu sichern und neue, gut bezahlte und gut abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen. Das Ziel muss sein, die vorhandene industrielle Basis zu sichern und klimagerecht zu erneuern. Die Politik muss den Umbau der Wirtschaft aktiv begleiten – insbesondere in den Bereichen Energie, Mobilität und Grundstoffe. Im Kern fordert die IG Metall daher eine aktive Industriepolitik, die Zukunftstechnologien fördert, eine begleitende Qualifizierungspolitik und Investitionen in die Daten-, Energie- und Verkehrsweinfrastruktur.

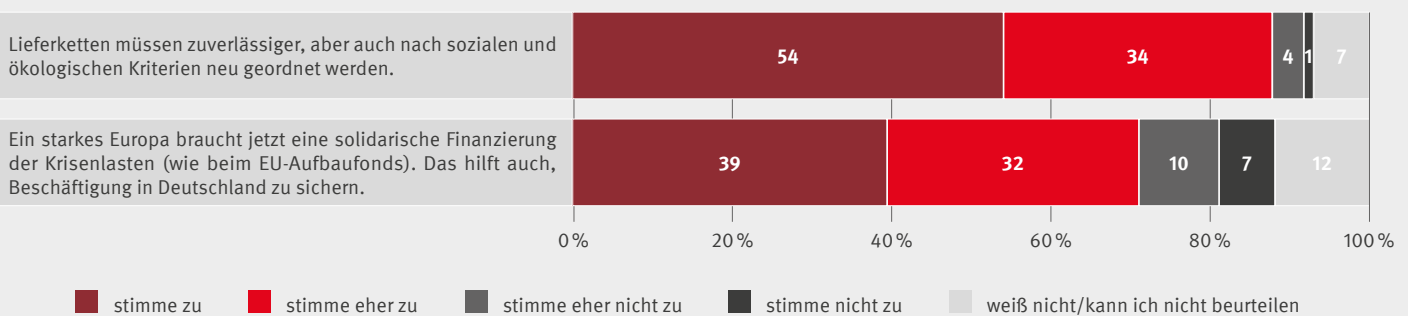
Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Industrie- und Wirtschaftspolitik zu?



Die Zahlen der Beschäftigtenbefragung zeigen: Die Beschäftigten teilen diese Forderung. 87 % der Befragten sprechen sich für eine **aktive Industriepolitik mit gezielter Förderung wichtiger Zukunftsfelder (Wasserstoffwirtschaft, künstliche Intelligenz, Batteriezellenfertigung ...)** aus. Die Zustimmung hierzu ist über alle Branchen hinweg stabil hoch. Überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte finden sich bei den Kolleg*innen in Forschung und Entwicklung (92 %) und der IT (91 %). Damit einher gehen erhöhte Zustimmungstendenzen unter Hochschulabsolvent*innen (91 %) und Befragten mit Techniker*in-/Meister*in-/Fachwirt*in-Abschluss (91 %) – während die Unterstützung bei den Beschäftigten mit niedrigeren Bildungsabschlüssen etwas niedriger ausfällt (75 % bei den Un- und Angelernten). Die IG Metall macht sich für eine **enge Zusammenarbeit zwischen regionalpolitisch relevanten Akteuren (u. a. Gewerkschaften, IHKS, Umwelt- und Sozialverbände, kommunale Behördenvertreter)** stark. Mehr als 9 von 10 Befragten (91 %) unterstützen diesen Kurs. Über alle Qualifikations- und Tätigkeitsbereiche bleibt die Zustimmung dazu sehr hoch – ebenso in allen Kernbranchen der IG Metall und unabhängig von der Betriebsgröße.

Vor allem im Frühjahr 2020 unterbrach die Corona-Pandemie viele Lieferketten durch temporäre Grenzkontrollen, Exportverbote und Lockdowns. Der Ausfall einiger Zulieferer legte ganze industrielle Wertschöpfungsketten lahm. Klar ist: Lieferketten müssen widerstandsfähig gestaltet werden – aber auch fair. Der internationale Handel muss sozial und ökologisch reguliert werden.

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Industrie- und Wirtschaftspolitik zu?



Die **Forderung nach einer Neuordnung zuverlässiger Lieferketten nach sozialen und ökologischen Kriterien** stützt mit 88 % auch die überwiegende Mehrheit der Befragten. Und auch der nicht immer populären **Forderung nach einer solidarischen Finanzierung der Krisenlasten innerhalb der EU** stimmen 71 % der Befragten voll oder eher zu. Bei den in der betrieblichen Interessenvertretung aktiven Kolleg*innen ist die Zustimmungstendenz dabei mit 82 % deutlich erhöht. Auffällig ist zugleich der relativ hohe Anteil der Beschäftigten, die ihre Antwort an dieser Stelle offengelassen haben (12 %). Hier gilt es für Politik und Gewerkschaften weiter klar zu kommunizieren: Ohne Europa geht es nicht! Die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft und die integrierten Wertschöpfungs- und Lieferketten zeigen: Europäische Solidarität liegt auch im wirtschaftlichen Eigeninteresse. Und Solidarität unter Nachbarn kann sich nicht in Grußbotschaften erschöpfen.

DIE TRANSFORMATION GESTALTEN:

SPIELRÄUME FÜR INVESTITIONEN AUSNUTZEN, LASTEN FAIR VERTEILEN.

Produkte und Produktionsprozesse digitalisieren und klimaneutral gestalten, Geschäftsmodelle umstellen, Zukunftsfelder erschließen, Beschäftigte qualifizieren, Infrastrukturen auf- und ausbauen – die Transformation der Wirtschaft erfordert immense Investitionen. Für die nächsten 10 Jahre forderten das IMK und das IW Köln daher schon vor Corona zusätzliche öffentliche Investitionen von insgesamt 450 Mrd. Euro. Das Corona-Konjunkturpaket kann insofern nur ein Auftakt gewesen sein. Wesentliche Teile des notwendigen Investitionsvolumens wird Deutschland über Kredite finanzieren müssen. Trotz der zuletzt gestiegenen Schulden gilt dabei: Deutschland ist nicht überschuldet und hat genügend finanzielle Spielräume. Unter den großen Industriestaaten hat Deutschland immer noch die niedrigste Schuldenstandsquote. Der deutsche Staat muss für seine Kredite derzeit und absehbar kaum Zinsen zahlen.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Beschäftigtenbefragung die Frage gestellt, welcher der sich widersprechenden **Grundaussagen zum Umgang mit staatlichen Schulden** man eher zustimmen könne. Mit 58 % hält deutlich über die Hälfte der Beschäftigten auch eine verstärkte Schuldenaufnahme für Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau für gerechtfertigt. Weniger als drei von zehn Beschäftigten (29 %) erachten den höheren Schuldenstand für nicht vertretbar und sprechen sich für eine Rückführung der Staatsverschuldung aus. 13 % der Befragten können oder wollen sich bei keiner der beiden Grundpositionen verorten.

Welche Aussage finden Sie zum Thema Schulden zutreffender?

Mit dem höheren Schuldenstand leben wir dramatisch über unsere Verhältnisse. In Zukunft müssen wir alle den Gürtel enger schnallen, um künftige Generationen nicht zu stark zu belasten.

29 %

Notwendige Investitionen in den sozial-ökologischen Wandel rechtfertigen auch höhere Staatsschulden. Das ermöglicht künftigen Generationen gute Arbeit und eine intakte Umwelt.

58 %

weiß nicht/keine Angabe

13 %

Bei Beschäftigten mit höheren Bildungsabschlüssen und bei älteren Beschäftigten fällt die Zustimmung für auch schuldenfinanzierte Investitionen zwar höher aus als bei den weniger Qualifizierten und den Jüngeren. Letztere positionierten sich hier allerdings häufiger nicht. Die unter 24-Jährigen zeigten sich gar seltener über einen höheren Schuldenstand besorgt als die mittleren und höheren Altersgruppen zwischen 35 und 64 Jahren.

Im Zuge der Corona-Krise wurde ideologischer Ballast zumindest vorübergehend über Bord geworfen, derzeit wird kontrovers über die Zukunft der ausgesetzten Schuldenbremse und das Dogma der schwarzen Null diskutiert. Bleibt die Frage, wie die Transformation gerecht finanziert werden kann? Die IG Metall ist überzeugt: Nicht durch eine Absenkung der Unternehmenssteuern oder die generelle Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Vielmehr ist eine Entlastung geringer und mittlerer Einkommen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer geboten. Eine Vermögenssteuer würde Vermögende angemessen an den Krisen-Lasten und der langfristigen Finanzierung der Transformation beteiligen, vor allem aber auch der anhaltend hohen Ungleichheit entgegenwirken.

Welcher Aussage zum Thema Steuern stimmen sie zu?

Wir alle gemeinsam sollten höhere Steuern bezahlen.

6 %

Hohe Einkommen und große Vermögen sollten höher besteuert werden.

65 %

Der Staat sollte auch auf die Erhöhung von Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen verzichten. Jeder zusätzliche Euro an Belastungen gefährdet Unternehmen und Beschäftigung.

21 %

weiß nicht/keine Angabe

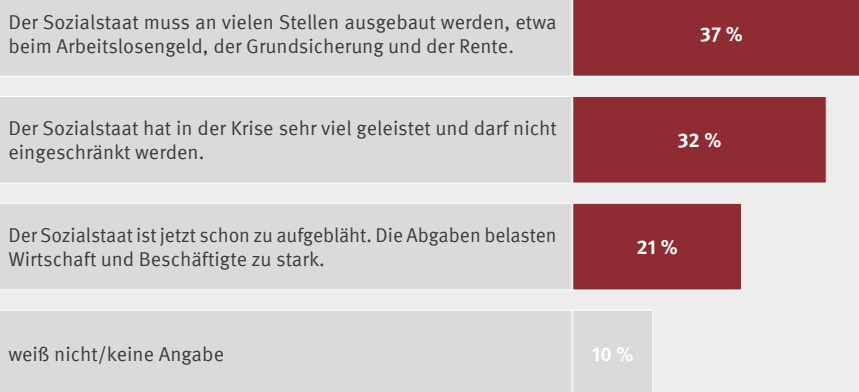
8 %

Bei der Frage ob und – wenn ja – bei wem **Steuererhöhungen** sinnvoll sein könnten, plädieren auch fast zwei Drittel (65 %) der Beschäftigten für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen. Weitere 6 % sprechen sich ebenfalls für Steuererhöhungen aus, betonen aber, dass diese von allen gemeinsam bezahlt werden sollten. Rund jede/jeder fünfte Befragte (21 %) sprach sich allerdings gegen Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und große Vermögen aus, um Unternehmen nicht zu sehr zu belasten und Beschäftigung nicht zu gefährden. Die Zustimmung zu einer höheren Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen hängt vor allem mit dem Gesellschaftsbild der Befragten zusammen. Je stärker die persönliche Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Spaltung in ein Oben und Unten, desto häufiger werden auch Forderungen nach Steuererhöhungen befürwortet. 73 % der Beschäftigten, die den Befund einer gespaltenen Gesellschaft klar bejahen, wollen Einkommens- und Vermögensstarke stärker besteuern. Bei denjenigen, die die Gesellschaftsspaltung klar verneinen, sind es nur 29 %.

DIE TRANSFORMATION GESTALTEN: SICHERHEIT GEBEN UND PERSPEKTIVEN SCHAFFEN.

Der Sozialstaat hat sich in der Pandemie handlungsfähig gezeigt. Klar ist aber auch: In ihrer heutigen Form sind die Sozialsysteme noch nicht angemessen auf diese Herausforderungen der Transformation vorbereitet. Wir brauchen einen aktiven und vorausschauend handelnden Sozialstaat, der zuverlässig Sicherheit bietet und Brücken in die Arbeitswelt von morgen baut.

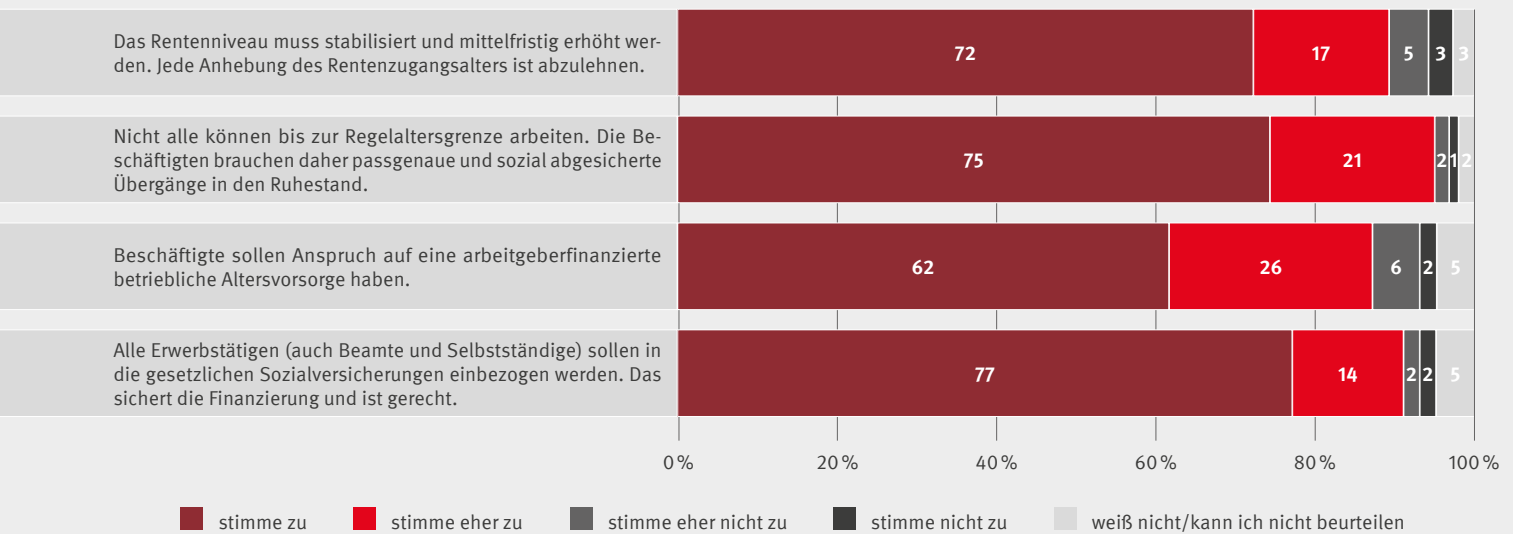
Es gibt viel Unsicherheit durch den Strukturwandel und die Folgen der Corona-Krise. Welcher Aussage stimmen Sie am ehesten zu?



Die Beschäftigten sprechen sich für einen starken und aktiven Sozialstaat aus. Direkt befragt nach der **künftigen Ausgestaltung des Sozialstaats** stimmen mit 37 % die meisten Befragten der Aussage zu, dass der Sozialstaat weiter ausgebaut werden muss. Diese Meinung vertreten übrigens gerade junge Beschäftigte: So fordern 41 % der bis zu 24-Jährigen den Ausbau des Sozialstaats, etwa beim Arbeitslosengeld, der Grundsicherung und der Rente. Eine überdurchschnittlich hohe Zustimmungstendenz zu einem „mehr“ an Sozialstaat findet sich speziell unter den IG Metall-Mitgliedern (43 %) sowie noch stärker unter den Beschäftigten in der Produktion (47 %), unter den Leiharbeiter*innen (46 %), den Werkvertrag-Beschäftigten (47 %) oder unter den Kolleg*innen ohne abgeschlossene Berufsausbildung (56 %).

32 % aller Befragten bewerten die sozialstaatlichen Leistungen in der Krise positiv und erteilen künftigen Einschränkungen des Sozialstaats eine Absage. Nur etwa ein Fünftel aller Beschäftigten ist der Ansicht, dass die Abgabenbelastung zu hoch und der Sozialstaat zu aufgebläht sei.

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zur Sozialpolitik zu?



Rund 96 % der Befragten betonen die **Notwendigkeit von passgenauen und sozial abgesicherten Übergängen in den Ruhestand, da nicht alle Beschäftigten angesichts körperlicher und psychischer Belastungen bis zur Regelaltersgrenze arbeiten können**. Auch die jüngeren Beschäftigten im Alter von bis zu 24 Jahren sehen hier bereits zu 90 % Handlungsbedarf. Ansonsten liegt die Zustimmungstendenz über alle Tätigkeitsbereiche, Branchen und unterschiedliche Betriebsgrößen durchweg bei weit über 90 %.

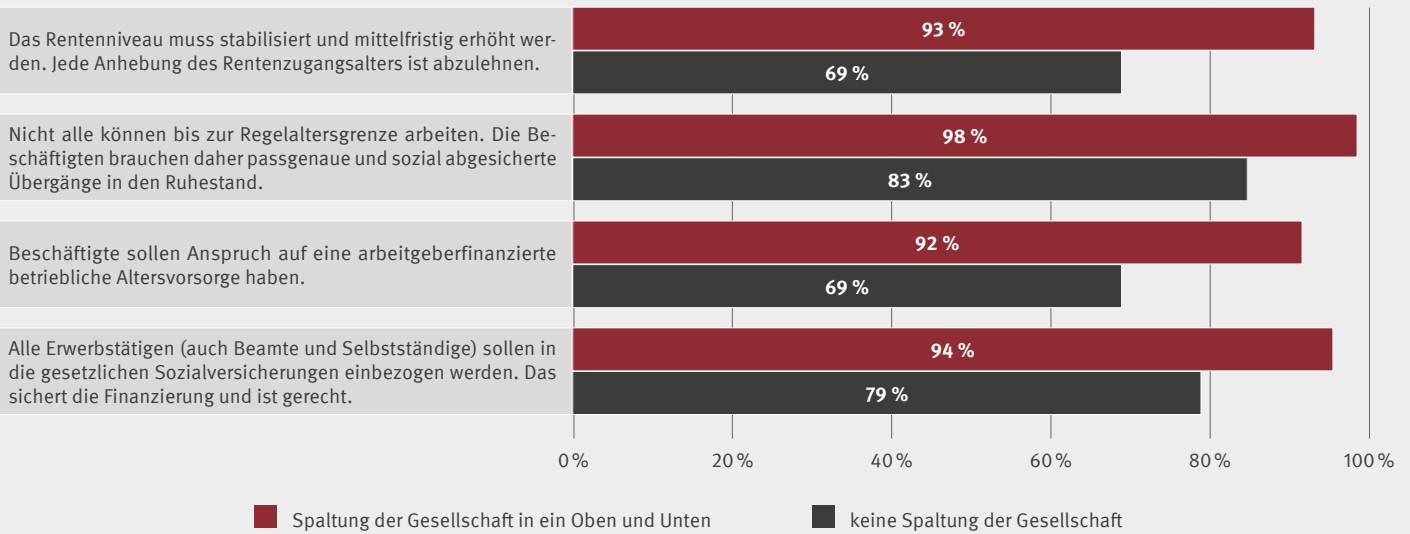
Die IG Metall hat die Forderung nach einer Grundrente und deren politische Verwirklichung von Beginn an unterstützt. Wer ein Leben lang arbeitet, darf im Alter nicht auf das Sozialamt angewiesen sein. Grundlegende Probleme der Alterssicherung bleiben aber bestehen: Altersarmut, langfristig sinkende Rentenleistungen, Mini-Renten als Folge niedriger Löhne, Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt. Die IG Metall fordert daher ein Reformprogramm zur solidarischen Erneuerung des sozialen Sicherungsversprechens.

Auch die Teilnehmenden der Beschäftigtenbefragung wissen: Verlässliche Alterseinkommen gibt es nur mit einer stabilen gesetzlichen Rentenversicherung. Knapp neun von zehn Beschäftigten (89 %) stimmen der **Forderung nach einer Stabilisierung und mittelfristigen Erhöhung des Rentenniveaus unter Ausschluss jeglicher Anhebung des Rentenzugangsalters** voll oder eher zu. Im besonderen Maße wird diese Forderung auch von den IG Metall Mitgliedern (92 % vs. 81 % Zustimmungstendenz bei Nichtmitgliedern) sowie von den in der IG Metall und der betrieblichen Interessenvertretung ehrenamtlich engagierten Kolleg*innen (95 %) getragen.

Ein ganz ähnliches Bild zeigte sich bei der **Forderung nach einem Anspruch auf eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge**. Knapp 9 von 10 Kolleg*innen (88 %) stimmen dem voll oder eher zu – bei wiederum verstärkter Zustimmungstendenz unter IG-Metall-Mitgliedern und ehrenamtlich Aktiven. 91 % der Befragten befürworten voll oder eher die **Forderung nach einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung**, bei der alle Erwerbstätigen – auch Beamte, Selbstständige und die neuen Jobs der Digital-Ökonomie – in die Beitragspflicht und den Versicherungsschutz einbezogen werden. Dieser Aussage stimmen Beschäftigte aller Tätigkeitsbereiche, aller Kernbranchen sowie die Beschäftigten in größeren und kleineren Betrieben gleichermaßen zu 90 % oder mehr zu.

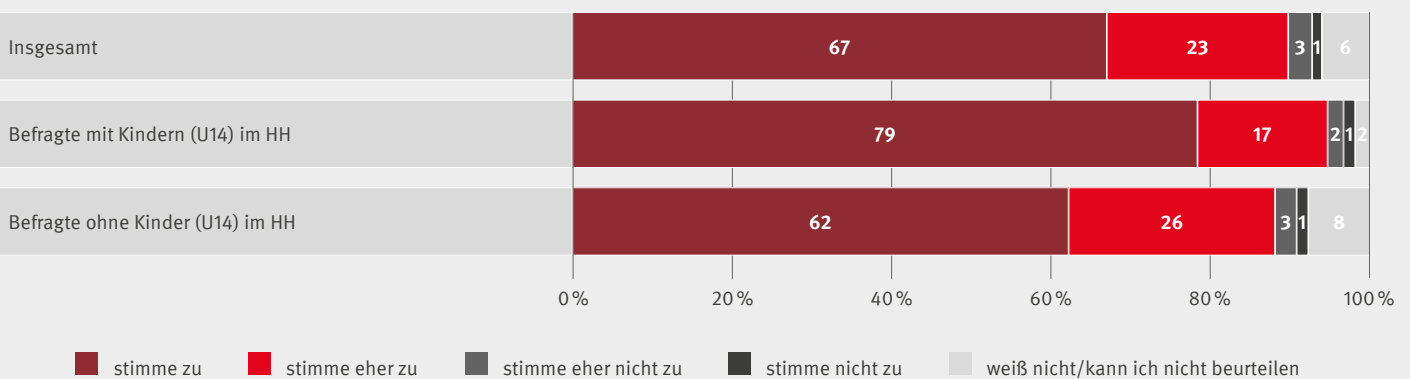
Speziell diejenigen Kolleg*innen, die eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung in ein „Oben und Unten“ wahrnehmen, unterstützen die politischen Forderungen der IG Metall nach Erneuerung und Verbesserung der sozialen Sicherheit.

Zustimmungstendenzen in Abhängigkeit des persönlichen Gesellschaftsbilds



Zu den dringlichen Anforderungen an den Sozialstaat gehört es auch, über ausgeweitete und verbesserte Bildungs- und Qualifizierungsangebote Brücken in die Arbeitswelt von morgen zu bauen. Der **Forderung, das Kriseninstrument der Kurzarbeit stärker in Verbindung mit Qualifizierung nutzen**, stimmen 87 % der Befragten tendenziell zu. Darüber hinaus befürworten 90 % der Befragten eine **Erhöhung öffentlicher Investitionen im Bereich der Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen, für Personal und die (digitale) Infrastruktur**. Gerade den Befragten mit Kindern unter 14 Jahren im Haushalt liegen erhöhte bildungspolitische Anstrengungen besonders am Herzen (Zustimmungstendenz von 96 %).

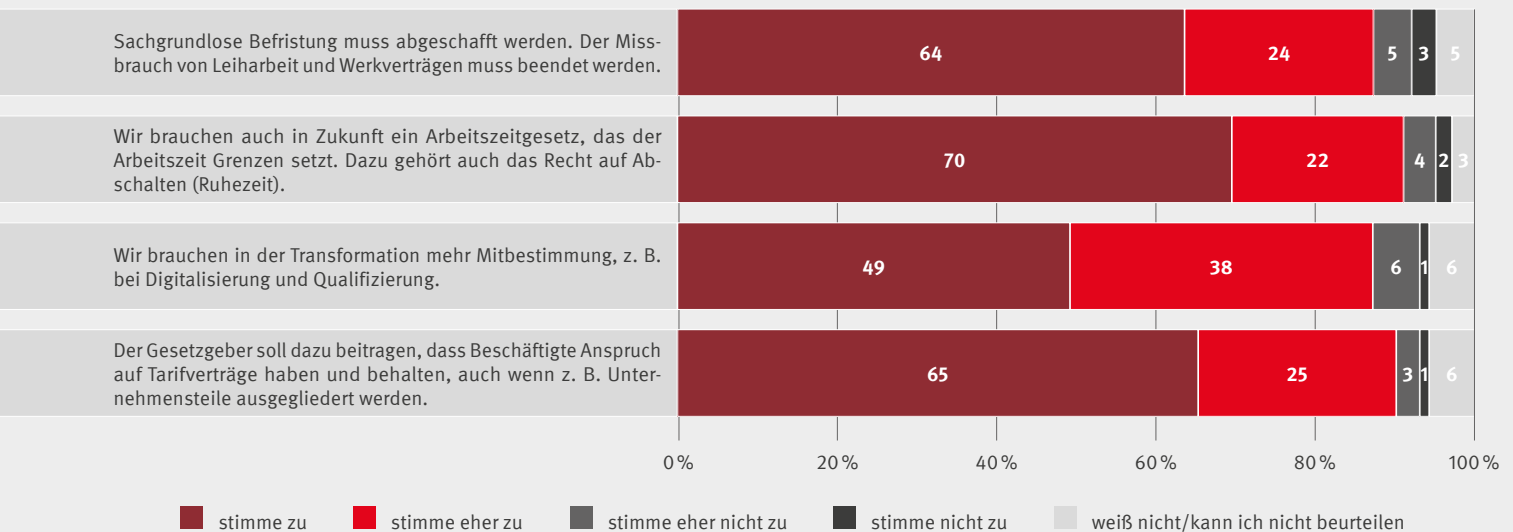
Wir brauchen im Bereich der Kinderbetreuung, Schulen und Hochschulen mehr Investitionen in Personal, digitale Infrastruktur, Ausstattung und Gebäude.



DIE TRANSFORMATION GESTALTEN: PREKÄRE ARBEIT EINHEGEN UND REGULIEREN. MITBESTIMMUNG UND TARIFBINDUNG STÄRKEN.

Eine weitere Lehre der letzten Monate lautet: Beschäftigte in sozialversicherungspflichtiger, tariflich geregelter Arbeit mit starker Interessenvertretung profitieren von einer deutlich besseren Einkommens- und Beschäftigungsabsicherung als die vielen atypisch beschäftigten Soloselbständigen, Werkvertragsnehmer*innen, Leiharbeiter*innen, Minijobber und befristet Beschäftigten. Mit Tariffucht schwindet die Gerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen und erwirtschafteten Gewinnen.

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu Arbeit und Mitbestimmung zu?



Die Beschäftigten sehen das auch so – sie unterstützen die angeführten **Forderungen nach guter Arbeit und Mitbestimmung** mit durchgehend hohen Zustimmungswerten:

- ▶ Eine Abschaffung Sachgrundloser Befristung und eine Beendigung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen (Zustimmungstendenz 87 %).
- ▶ Ein Arbeitszeitgesetz, das Grenzen setzt und Ruhezeiten ermöglicht (92 %).
- ▶ Mehr Mitbestimmung in der Transformation, vor allem bei Qualifizierung und Digitalisierung (87 %).
- ▶ Einen Anspruch von Beschäftigten auf Tarifverträge (z. B. auch bei Unternehmensausgliederungen) (91 %).

Über die meisten Branchen, Betriebsgrößen und Tätigkeitsbereiche hinweg findet sich eine durchgängig starke Zustimmungstendenz, die in der Regel mit zunehmendem Alter etwas ansteigt. Eine überdurchschnittliche Zustimmung findet sich jeweils unter den IG Metall-Mitgliedern und insbesondere unter den ehrenamtlich Aktiven in der betrieblichen Interessenvertretung (Betriebsrat, JAB, SBV) bzw. innerhalb der IG Metall (Vertrauensleute, sonstige Aktivenkreise).

Die dargestellten Werte sind gerundet. Es kann daher vorkommen, dass sich die einzelnen Prozentwerte nicht auf 100 % aufsummieren.